

Oliver Werner

WIE VIEL NATIONALSOZIALISMUS STECKTE NACH 1945 IN DER ARL?

Ein Resümee des Forschungsprojekts zur Geschichte der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ und der „Akademie für Raumforschung und Landesplanung“ (1935 bis 1955)

Während das Jahr 1945 lange zu einer „Stunde null“ stilisiert worden ist, hat sich im vergangenen Jahrzehnt unser Verständnis dafür geschärft, dass mit der militärischen Niederlage und dem Ende des „Dritten Reiches“ keineswegs alles neu begann. Zeitgeschichtliche Studien über Bundesministerien und -behörden sowie zu einzelnen Landesregierungen konnten detailliert nachweisen, dass über die Zäsur des Kriegsendes in den Regierungsinstitutionen vielmehr die Kontinuitäten überwogen. Das Personal vieler Reichsministerien wurde nach mehr oder weniger gründlichen Überprüfungen mehrheitlich in die Bundesorgane übernommen. Bundeskanzler Konrad Adenauer sprach etwa im Oktober 1952 davon, dass zwei Drittel der höheren Beamten des Bonner Auswärtigen Amtes vor 1945 Mitglieder der NSDAP gewesen seien (Conze/Frei/Hayes et al. 2010: 487). Wie für die Innenministerien der Bundesrepublik und der DDR herausgearbeitet worden ist, korrespondierten die personellen Kontinuitäten mit einem kaum veränderten Verständnis politischer Abläufe und nur mühsam angepassten Konzepten von „innerer Sicherheit“, die zumindest in Westdeutschland bis in die 1970er Jahre hinein virulent blieben (Bösch/Wirsching 2018).

Es geht in diesen Studien also keineswegs um ein reines „Nazi-Zählen“, wie immer wieder einmal moniert wird, sondern um die Gewichtung politischer und personeller Belastungsfaktoren aus der NS-Zeit, die die Entwicklung beider deutscher Staaten in ihrer frühen Entwicklungsphase geprägt haben. Die Unterscheidung zwischen Aspekten „formaler Belastung“ (wie einer einfachen Mitgliedschaft in der NSDAP) und „materialer Belastung“ (wie einer aktiven Beteiligung an politischen Maßnahmen der NS-Regierung) erweist sich hier als wesentlich. Für die Mitwirkung an Verbrechen im „Dritten Reich“ bildete eine Parteimitgliedschaft keine zwingende Voraussetzung, und ein Abzeichen der NSDAP konnte durchaus Wege eröffnen, verfolgte Menschen zu unterstützen. Zugleich bleibt die Auffassung von „Belastung“ einem permanenten Wandel unterworfen, und jede Generation nimmt für sich in Anspruch, den Stel-

lenwert der NS-Vergangenheit für ihr eigenes Handeln neu zu bestimmen (vgl. auch hierzu den Beitrag von Peter Steinbach in diesem Heft).

Alleinstellungsmerkmal

Früher noch als Regierungsinstitutionen haben die „Max-Planck-Gesellschaft“ (Kaufmann 2000) und die „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ (Orth/Oberkrome 2010) ihre Entwicklung im Nationalsozialismus von unabhängigen Historikerkommissionen untersuchen lassen. Diese Forschungen trugen wesentlich dazu bei, die Motivationen, sich im „Dritten Reich“ wissenschaftlich und wissenschaftspolitisch zu engagieren, auszudifferenzieren und Nachkriegsnarrative von einer „unpolitischen Wissenschaft“ oder von der „Verstrickung“ ansonsten „unschuldiger“ Personen als inadäquate Erklärungsmuster herauszuarbeiten (Schüring 2006: 230 ff.).

Die ARL hatte bereits Ende der 1990er Jahre eine Studie zur Geschichte der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ (RAG) gefördert (Venhoff 2000). Nach einem längeren Abstimmungsprozess initiierte das Präsidium der ARL 2016 ein umfassenderes Forschungsprojekt, das sich neben der RAG als „Vorgängereinstitution“ auch dem bisher noch nicht erforschten, konfliktreichen Gründungsprozess der ARL zwischen 1945 und 1955 sowie der Zusammensetzung der Gruppe der ersten ordentlichen Akademiemitglieder – der „Generation von 1953“ – widmete. Der Verfasser dieses Beitrags wurde mit der Bearbeitung dieses Projekts betraut und hat im Rahmen der ARL mehrfach seine Ergebnisse präsentiert (Baumgart 2020) sowie einen Abschlussbericht vorgelegt, der 2022 als Monografie veröffentlicht wird.

Die frühe Geschichte der ARL zeigt gegenüber der Nachkriegsentwicklung von Regierungsinstitutionen ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal, das ihr im Kontext der zeithistorischen Kontinuitätsforschung ein besonderes Gewicht verleiht. Die Akademie konnte – im Vergleich zu Verwaltungsbehörden oder Ministerien – den mit ihr assoziierten

ten Menschen größere Gestaltungsspielräume bieten. Und so sehr nach dem Krieg wissenschaftliche Traditionen und inhaltliche Kontinuitäten sichtbar wurden, war die zeitliche Spanne, in der sich zwischen 1935 und 1944/45 festgefügte Institutionen und Verfahrensweisen von sakrosankter Allgemeingültigkeit hätten herausbilden können, doch kurz. Trotz aller äußeren Zwänge war es den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in der ARL möglich, Vorgaben in einem Maße zu modifizieren oder zu ignorieren, wie es für die Mitglieder einer Behörde mit eigenen Regeln und tradierten Kommunikationsformen nur schwer vorstellbar war. Das schuf unter den Bedingungen der Nachkriegsgesellschaft besondere Handlungsspielräume und neu motivierte Konfliktpotenziale, während zugleich die Auseinandersetzungen um politische Aufmerksamkeit und wissenschaftliche Ressourcen den Charakter eines im „Dritten Reich“ beschworenen „Kampfes“ verloren und unter den wachsamen Augen der alliierten Besatzungsmächte und vor dem Hintergrund eines wachsenden Gefühls verlässlicher Rechtsgültigkeit an Zivilität gewannen.

Damit sind allerdings zugleich die Voraussetzungen dafür benannt, dass „Karrieren aus der NS-Zeit“ in der ARL „besonders reibungslos“ fortgesetzt werden konnten (Hachmeister 2016: 204). Wie, mit welchen Vorstellungen, Voraussetzungen und Mitteln haben Wissenschaftler/innen nach 1945 ihre eigene Tätigkeit vor 1945 gedeutet? Welchen Stellenwert hatten die Arbeitsweisen, Wissenschaftserfahrungen und Personenverbände aus den Jahren 1935 bis 1945 für die Konstruktion einer ebenso neuen wie alten, auf lange Sicht aber unbestreitbar erfolgreichen Forschungsinstitution in den Jahren 1945 bis 1955? Das sind Kernfragen für das Verhältnis von Kontinuitäten und Neuorientierungen in der Geschichte von der RAG zur ARL.

Reichsarbeitsgemeinschaft

Die im Dezember 1935 gebildete RAG – erster „Obmann“ wurde der Agrarwissenschaftler Konrad Meyer (ARL-Mitglied ab 1954/56) – war ein politisches Instrument nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik, das mit enger Führung die Wissenschaftler/innen dirigierte und ihnen zugleich Anpassungsfreiräume zubilligte, die im Folgenden ausgeführt werden. Der Zuschnitt der organisierten Forschungstätigkeit auf die Konjunkturen des militärischen, strategischen, wehrwirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Kriegsverlaufs entfaltete bis 1944 eine Dynamik, die die wissenschaftliche Arbeit potenziell korrumpierte und es einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ermöglichte, ihr Organisationstalent bis zum Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ aktiv in die Kriegsanstrengungen einzubringen (Leendertz 2008).

Charakteristisch für die RAG war eine starke Regionalisierung der Forschungstätigkeiten, während der Geschäftsführer in Berlin (Friedrich Bülow, ARL-Mitglied ab 1953) die Untersuchungsergebnisse zentral koordinierte. Auf diese Weise wurden Arbeiten zur wirtschaftlichen Entwicklung von Notstandsgebieten oder zur „inneren Kolonisation“ – etwa im Emsland oder, mit deutlichen Implikationen einer „rassischen“ Aufwertung, in der Rhön – zu me-

thodischen und praktischen Vorarbeiten für spätere, weitreichendere Planungen zur „Neuordnung“ und „Neubesiedlung“ Osteuropas. Diese spezifische Organisationsform der RAG – bis 1945 als „Gemeinschaftsarbeit“ bezeichnet und nach dem Krieg zunehmend zum „Teamwork“ verklärt – formte das Arbeits- und Forschungsverständnis einer ganzen Generation in den deutschen Raumwissenschaften. Die isolierte Anwendung einzelner Forschungen ermöglichte es auch, dass die Raumwissenschaftler/innen mehr zur Vernichtung des europäischen Judentums sowie zur Zerstörung Ostmitteleuropas beitrugen, als sie es nach dem Krieg einzugestehen bereit waren. Dazu zählen vor allem die Zuarbeiten für den von Konrad Meyer koordinierten „Generalplan Ost“ zur „Germanisierung“ Ostmittel- und Osteuropas, an dem auch Herbert Morgen (ARL-Mitglied ab 1953 und von 1966 bis 1970 Präsident der ARL) maßgeblich mitgearbeitet hat. Der Holocaust wird vor diesem Hintergrund als integraler Teil der deutschen Gesellschaftsgeschichte im „Dritten Reich“ erkennbar.

Die ausgeprägte Regionalisierung und Aufgabenteilung der Forschungstätigkeiten in der RAG boten die Grundlage für jede/n einzelne/n Wissenschaftler/in, sich je nach politischer Überzeugung, persönlicher Motivation oder der militärischen Lage stärker in die praktische Politik nationalsozialistischer Bevölkerungsverschiebungen einzubringen, sich „neutral“ zu verhalten oder sich von den Zielen und Maßnahmen des Regimes zu distanzieren, ohne indes die wissenschaftliche Zuarbeit beenden zu müssen. Damit waren zugleich die Eckpunkte für die Umdeutungen und Distanzierungen der eigenen Wissenschaftskarrieren nach 1945 vorgezeichnet.

Die spezifische Ausrichtung der deutschen Raumwissenschaften im Nationalsozialismus begünstigte eine akademische Verantwortungsdiffusion, die es den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nach 1945 erleichterte, mit Verweis auf die regionale und thematische Begrenzung der eigenen Forschung jede Beteiligung an der mörderischen „Bevölkerungspolitik“ des NS-Regimes von sich zu weisen. In den späten 1940er Jahren knüpften viele Wissenschaftler/innen dann methodisch und theoretisch-konzeptionell an ihre Kenntnisse wieder an und untersuchten nun die sozialen und wirtschaftlichen Folgen von Massenflucht und Vertreibung in den jeweiligen deutschen Regionen. Kein Beispiel verdeutlicht diese Anpassung besser als das Konzept räumlicher „Tragfähigkeit“ durch Gerhard Isenberg (ARL-Mitglied ab 1953), das bis 1945 eine Grundlage für die Zerstörung der gewachsenen Lebensbedingungen im deutsch besetzten Ostmittel- und Osteuropa bildete und nach 1945 bei der Neuansiedlung von Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen aus Ostmitteleuropa als wissenschaftliches Ordnungsinstrument wiederaufstand.

Die Zusammenhänge zwischen der raumwissenschaftlichen Forschung und den nationalsozialistischen Siedlungs- und „rassischen“ Neuordnungsplänen wurden nach dem Ende des Krieges geleugnet und ausgeblendet, um die eigene Arbeit nicht von den Alliierten strafrechtlich geahndet und in der Öffentlichkeit untrennbar mit den Ver-

brechen des NS-Regimes verschmolzen zu sehen. Das geschah auf mehreren Ebenen und war ein wahrer Balanceakt, bei dem eine verbreitete Unkenntnis über detaillierte wissenschaftspolitische Zusammenhänge zugleich genutzt und bewahrt werden musste. Den umfassenden Recherchen der alliierten Strafverfolgungsbehörden in Nürnberg wurde im Prozess gegen Konrad Meyer mit einer juristisch koordinierten und kommunikativ eng abgestimmten Kampagne der beteiligten Wissenschaftler/innen begegnet, die den engen Zusammenhang zwischen den eigenen Arbeiten und den nationalsozialistischen Besatzungsverbrechen leugnete. In der erfolgreichen Rechtfertigung der eigenen Wissenschaftsdisziplinen trafen sich die Überlebenden wieder und erreichten nicht nur einen faktischen Freispruch für ihren früheren „Obmann“, sondern auch die „Reinigung“ ihrer beruflichen Karrieren und eine Generalabsolution für die Raumwissenschaften. Die Bedeutung dieser akademischen Selbstentnazifizierung für die Entwicklung der Raumwissenschaften in der Bundesrepublik kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Akademie

Eine hohe *personelle* und *inhaltliche* Kontinuität von der RAG zur ARL bei gleichzeitigen *institutionellen* Neuansätzen, die sich allerdings erst im Laufe der Zeit als innovatives Potenzial der ARL entpuppten, bilden den Kern der Erkenntnisse des Forschungsprojekts. Zwei Drittel der „Generation von 1953“ waren Mitglieder der NSDAP gewesen, bis auf Heinrich Hunke allerdings der Partei erst zwischen 1933 und 1937 beigetreten. Die Neuansätze im strukturellen Aufbau der ARL lassen sich zum Teil auf Anpassung an die neuen Verhältnisse, zum Teil auf Lerneffekte aus der NS-Zeit zurückführen.

Hervorstechend ist die Beständigkeit inhaltlicher Forschungsansätze, Denkmuster und Vorstellungen zwischen 1930 und 1960 (Gutberger 2017). Sie lässt sich an der häufig kaum reflektierten Weiterverwendung der bis 1945 etablierten raumwissenschaftlichen Konzepte und Begriffe festmachen, die eine mangelnde Bereitschaft zur Befragung der eigenen methodischen und erkenntnistheoretischen Grenzen und Irrwege dokumentiert, die in der ARL und den Raumwissenschaften als Disziplin kultiviert wurde. Die Wissenschaftler/innen konnten ihrer Arbeit hier ohne moralische Auseinandersetzungen nachgehen und sich in ihrem Bedürfnis nach einem „geschützten Raum“ gegenseitig bekräftigen. In dieser Atmosphäre wurden die in der RAG entwickelten professionellen Netzwerke nach dem Krieg zunächst reaktiviert und dann in der ARL sukzessive den neuen Verhältnissen angepasst.

Dieser Anpassungsprozess war von harten Auseinandersetzungen mit Konkurrenten wie dem Godesberger „Institut für Raumforschung“ geprägt, die den Fortbestand der ARL mehrfach gefährdeten. Erst Mitte der 1950er Jahre kehrte mit der institutionellen und finanziellen Konsolidierung der ARL und der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik eine ungewohnte Ruhe ein, die die Jahre zwischen 1935 bis 1955 im Rückblick als einen permanenten Ausnahmezustand erscheinen lässt, in

dem die Raumwissenschaftler/innen ihre Arbeit immer wieder den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst hatten, während sie die eigene Mitverantwortung an diesem Ausnahmezustand zumeist ausblendeten. Die gemeinsamen Erfahrungen von Adaptionsvermögen und Überleben sowie akademische Loyalität prägten die „Generation von 1953“ in einer hermetisch anmutenden, von außen nicht immer leicht zu erfassenden Weise. So war Konrad Meyer ab 1956 in der ARL sehr aktiv und gestaltete maßgeblich die ersten beiden Auflagen des „Handwörterbuchs der Raumforschung und Raumordnung“. Er behielt so bis zuletzt die Deutungshoheit über die Geschichte „seiner“ RAG und apostrophierte noch im Mai 1970 auf einer Veranstaltung der ARL den Nationalsozialismus als „eine alle soziale Schichten umfassende nationale Bewegung“ (ARL-Archiv, Sammlung Karl Haubner, Karton 1).

Kollektives Schweigen, inhaltliche Umdeutungen und die umfassende Selbstfreisprechung bildeten eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der ARL. Kurt Brüning, der selbst 1933 aus politischen Gründen seinen Lehrstuhl an der Technischen Hochschule Braunschweig verloren hatte und noch im selben Jahr der NSDAP beigetreten war, steuerte die ARL durch alle Untiefen der Zusammenbruchsgesellschaft, tatkräftig unterstützt von Heinz Sting und Heinrich Hunke, beide seit den 1920er Jahren aktive Funktionäre der NSDAP. Hunke war zudem nach 1933 maßgeblich für die „Arisierung“ Berliner Unternehmen verantwortlich. Brüning vermochte Loyalität und Dankbarkeit zu erzeugen, nicht zuletzt bei Menschen, die aufgrund ihrer politischen Tätigkeit im Nationalsozialismus nach 1945 zunächst berufliche Schwierigkeiten hatten. So erinnerte sich der Agrarhistoriker Günther Franz (ARL-Mitglied ab 1953) – als Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der SS und durch die Publikation antisemitischer Schriften einschlägig exponiert – noch Anfang der 1980er Jahre dankbar an Brüning, der in „überaus liberaler Weise [...] nach dem Krieg wohl 400 Gelehrten Arbeitsmöglichkeiten verschafft“ habe, „ohne nach ihrer politischen ‚Belastung‘ zu fragen“ (Franz 1982: 170).

Damit reiht sich Brüning in eine Generation von Wissenschaftsmanagern ein, die es nach dem Zweiten Weltkrieg schafften, beständige und entwicklungsfähige Wissenschaftsinstitutionen in Westdeutschland zu etablieren. Er konnte – selbst verhältnismäßig gering „belastet“ – die ARL konsolidieren, indem er die Arbeitskraft von Personen zu nutzen verstand, die auch im Verständnis der 1950er Jahre als deutlich stärker „belastet“ galten. Hier werden Handlungsmuster erkennbar, nach denen netzwerkbegabte Wissenschaftler/innen lern- und anpassungsfähige Nationalsozialisten als wichtige Ressource des Wiederaufbaus einzusetzen wussten. Diese Zusammenhänge verweisen über die Gründungsgeschichte der ARL hinaus auf die ebenso kontroversen wie integrativen Leistungen der Wissenschaften in der jungen Bundesrepublik innerhalb und außerhalb universitärer Netzwerke und Forschungseinrichtungen.

Literatur

Baumgart, S. (Hrsg.) (2020): Raumforschung zwischen Nationalsozialismus und Demokratie – das schwierige Erbe der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung. Hannover. = Arbeitsberichte der ARL 29.

Bösch, F.; Wirsching, A. (Hrsg.) (2018): Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus. Göttingen.

Conze, E.; Frei, N.; Hayes, P.; Zimmermann, M. (2010): Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik Deutschland. München.

Franz, G. (1982): Mein Leben (als Manuskript vervielfältigt). o.O.

Gutberger, H. (2017): Raumentwicklung, Bevölkerung und soziale Integration. Forschung für Raumplanung und Raumordnungspolitik 1930–1960. Wiesbaden.

Hachmeister, L. (2016): Hannover: Ein deutsches Machtzentrum. München.

Kaufmann, D. (Hrsg.) (2000): Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung. Göttingen.

Leendertz, A. (2008): Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert. Göttingen.

Orth, K.; Oberkrome, W. (Hrsg.) (2010): Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970. Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Stuttgart.

Schüring, M. (2006): Minervas verstoßene Kinder. Vertriebene Wissenschaftler und die Vergangenheitspolitik der Max-Planck-Gesellschaft. Göttingen.

Venhoff, M. (2000): Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) und die reichsdeutsche Raumplanung seit ihrer Entstehung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945. Hannover.



DR. OLIVER WERNER

ist freiberuflicher Historiker und wissenschaftlicher Autor in Hannover. Er hat sich lange mit Diktaturen und Raumwissenschaften in Deutschland beschäftigt und untersucht gegenwärtig personelle Kontinuitäten und politische Konflikte der Deutschen Reichsbahn zwischen 1930 und 1950.

oliver.werner@leuphana.de